

## **Ausgabe 52, 01. Juli 2008**

Der Newsletter **DEMOS** informiert über demografische Veränderungen und deren Auswirkungen auf Politik, Entwicklung, Wirtschaft und Gesellschaft.

Der Abdruck von Artikeln und Grafiken ist honorarfrei. Um die Übersendung eines Belegexemplars wird gebeten.

Der Newsletter **DEMOS** wird unterstützt von: **Robert Bosch Stiftung**

---

In dieser Ausgabe

### **Verjüngung durch Zuwanderung**

**Die Schweiz profitiert von Immigranten, muss aber ihre Integration verbessern**

[weiterlesen](#)

### **"Wir müssen schnell einen ehrgeizigen Klimaschutz umsetzen"**

**Interview mit Prof. Margareta Kulessa**

[weiterlesen](#)

### **"Man muss nur kreativ sein!"**

**Interview mit Chuan Shi**

[weiterlesen](#)

### **Lust auf Vielfalt**

**Der neue Stiftungsreport zeigt, warum Vielfalt ein Gewinn für die Gesellschaft ist**

[weiterlesen](#)

---

### **Verjüngung durch Zuwanderung**

**Die Schweiz profitiert von Immigranten, muss aber ihre Integration verbessern**

Arbeitsmigranten sind ein Plus für die wirtschaftliche Entwicklung der Schweiz: Sie vergrößern die erwerbstätige Bevölkerung, erhöhen die Produktivität der Volkswirtschaft und tragen zum Wachstum des Bruttoinlandsproduktes bei. Besonders der Wohnungsmarkt profitiert von den Einwanderern. Mehr Einwanderer bedeutet außerdem mehr Konsumenten und steigende Nachfrage.

Nach dem zweiten Weltkrieg kamen Tausende ungelernete Industriearbeiter in die Schweiz, unterbrochen nur von einer kurzen Phase in den 1970er Jahren, in denen ihre Anträge in Folge des Konjunkturerinbruchs abgelehnt wurden. Ende der 1940er Jahre war die Schweiz das erste Land, das Arbeitsmigranten anwarb. Angezogen wurden sie vor allem von der Mehrsprachigkeit und dem vergleichsweise hohen Lohnniveau. Sie blieben im Land und ihre Frauen zogen nach. Ihre Kinder besuchten Schweizer Schulen. Vielen gelang ein beruflicher Aufstieg, und andere folgten, die ihre ursprüngliche, einfacherer Arbeit verrichteten. Der typische Migrant war zwischen zwanzig und vierzig Jahre alt, männlich und oft nur gering qualifiziert. Er arbeitete in der Industrie, der Gastronomie oder auf Baustellen. Und er kam aus Südeuropa oder Jugoslawien.

In den 1990er Jahren änderte sich Migrationsmuster. Zum einen wurde die Gruppe der Ausländer heterogener, denn in Folge von Kriegen und Konflikten wuchs die Zahl der Asylanten. Menschen strömten aus Afrika und Asien in die Schweiz. Die Eidgenossenschaft gewährte vielen von ihnen Aufenthalt. Prozentual an der Gesamtbevölkerung gemessen waren es die meisten aller OECD-Länder. Zum anderen wuchs die Sorge der Schweizer Behörden über zu viele Arbeitsmigranten. Man vermutete, die ungelerten Industriearbeiter verzögerten die wirtschaftliche Entwicklung. Die Schweizer wollten auf keinen Fall den Anschluss an die Dienstleistungs- und Wissensgesellschaften ihrer Nachbarländer verpassen. Dieser 'tertiäre Sektor' verzeichnete in der Schweiz nur schleppende Wachstumsraten.

So wurde eine neue Migrationspolitik ins Leben gerufen. Künftig sollten vor allem gut ausgebildete Personen in die Schweiz kommen. Vorzugsweise aus den europäischen Nachbarländern. Hochqualifizierten Personen aus den 'alten' EU-Staaten wurde die Zuwanderung erleichtert, ungelerten Arbeitern aus anderen Ländern erschwert.

Diese Einwanderungspolitik besteht im Wesentlichen und trotz verschiedener Reformen bis heute fort. Die neuen Arbeitsmigranten sind nicht mehr fast ausschließlich männlich, sie stammen immer öfter aus mittel- und nordeuropäischen Ländern, sind besser ausgebildet als ihre Vorgänger und haben sich weitere Berufsfelder erschlossen: Die Bildungsbranche und Wissenschaft, die IT-Branche, aber vor allem auch das Bank- und Finanzwesen. Nicht zuletzt dank der neuen Migranten gelang der Schweiz schließlich ein Strukturwandel und der Dienstleistungssektor wuchs stärker.

### **Beschäftigung von Zuwanderern nach den wichtigsten zehn Sektoren**

**Vor allem die Zahl der im Bauwesen beschäftigten Migranten ging im Laufe der betrachteten zehn Jahre zurück, während der Bildungssektor, die IT-Branche, das Bank- und Finanzwesen sowie die hochtechnologische Chemie- und Erdölindustrie von der Zuwanderung profitieren konnten. Bereiche, in denen qualifizierte Personen beschäftigt sind. Traditionelle Arbeitsplätze in der Lebensmittelindustrie und der Metallverarbeitung haben dagegen für Migranten an Bedeutung verloren. Nach wie vor verdient ein Großteil der Zuwanderer seinen Lebensunterhalt in der Hotelbranche und der Gastronomie (Quelle: Becker, Leonhard et al. 2008).**

### **Jobs ja, Integration vielleicht**

Die Schweiz zählt derzeit 7,6 Millionen Einwohner. Rund 22 Prozent davon sind ausländischer Herkunft. Das ist nach Luxemburg europaweit der zweithöchste Wert.

Was die Integration ihrer Zuwanderer betrifft, weist die Schweiz jedoch noch erhebliche Defizite auf. Im europäischen Vergleich gelingt ihr die Integration von nicht-europäischen Ausländern nur mittelmäßig gut. Der Integrationsindex, der die Integrationschancen von Ausländern aus Nicht-EU-Staaten misst, vergleicht 140 Indikatoren aus den Bereichen Einwanderung und Familienzusammenführung, Aufenthalts- und Arbeitsrecht, Einbürgerung, politische Partizipation sowie Anti-Rassismus- und Diskriminierungsgesetze. Die Schweiz belegt dort Rang 16 der 28 untersuchten Länder. Vor allem für den Spracherwerb der Migranten müsste das Alpenland mehr tun. Die kommen nämlich häufig nicht aus den Nachbarländern und beherrschen meistens keine der vier Landessprachen als Muttersprache. Wie in Deutschland sind laut Pisa-Schulbildungs-Studie Migrantenkinder in der Schweiz weniger erfolgreich im Lernen als ihre einheimischen Altersgenossen. Das ist problematisch, denn wer in der Schule zurückbleibt, hat später schlechtere Chancen. Dann besteht das Risiko, dass Kinder von Zuwanderern im selben Kreislauf aus ungelernter Arbeit und niedrigem Verdienst gefangen bleiben wie ihre Eltern.

Doch braucht das Land die Migranten nicht nur für die Wirtschaftsleistung, sondern auch für seine demografische Entwicklung. Längst nämlich wächst die Bevölkerung nicht mehr aus eigener Kraft. Bei einer selbst für europäische Verhältnisse niedrigen Geburtenrate von 1,4 Kindern pro Frau lässt nur die Zuwanderung die Bevölkerung weiter wachsen.

## **Anteil ausländischer Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung nach Altersgruppen**

**Die meisten Ausländer gehören der Altersgruppe der erwerbstätigen Bevölkerung an. Etwa die Hälfte dieser Personen befindet sich in einem für die Familiengründung typischen Alter (Quelle: Statistikamt Schweiz).**

Derzeit verjüngen die Migranten die Bevölkerung, denn ihr Durchschnittsalter liegt bei 35 Jahren, knapp zehn Jahre unter dem Mittelwert der Schweizer. Auf lange Sicht verschwinden die Herausforderungen einer alternden Gesellschaft aber nicht, denn auch Zuwanderer werden älter.

### **Literatur / Links**

Bade, Klaus J. et al. (2007): Enzyklopädie. Migration in Europa. Vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Paderborn.

Becker, Leonhard et al. (2008): Migration Policy and Industrial Structure: The Case of Switzerland. In: International Migration Vol. 46 (2).

[British Council/ Migration Policy Group/ EU \(2007\): Migrant Integration Policy Index](#)

[Bundesamt für Migration der Schweiz](#)

[Bundesamt für Statistik der Schweiz](#)

OECD (2007): Economic Surveys. Switzerland. Vol. 2007/19. Suppl. No. 1

Schuler, Martin et al. (2007): Atlas des räumlichen Wandels der Schweiz. Bundesamt für Statistik, Neuchâtel, Zürich.

---

## **"Wir müssen schnell einen ehrgeizigen Klimaschutz umsetzen" Interview mit Prof. Margareta Kulessa**

Margareta Kulessa ist seit 2002 als Professorin für Allgemeine Volkswirtschaftslehre und Internationale Wirtschaftsbeziehungen an der Fachhochschule Mainz tätig. Darüber hinaus gehört sie seit 2000 dem Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen ([WBGU](#)) an. Der WBGU ist ein unabhängiges wissenschaftliches Beratergremium, das 1992 im Vorfeld der Rio-Konferenz von der Bundesregierung eingerichtet wurde. Zu den Aufgaben des WBGU zählt, globale Umwelt- und Entwicklungsprobleme zu analysieren und darüber in Gutachten zu berichten sowie Handlungs- und Forschungsempfehlungen zu erarbeiten.

## **Die reichen Industrieländer verursachen den Klimawandel ? die armen Entwicklungsländer tragen die Folgen. Lässt sich so die Diskussion um globale Gerechtigkeit und Klimawandel zusammenfassen?**

Das ist zwar ein wesentlicher Teil der Klimaschutzdebatte, wie wir sie heute führen, aber die tatsächlichen Zusammenhänge sind viel komplexer. Je nachdem, um welche Treibhausgase es geht und welchen Zeitraum man betrachtet, kann sich das Bild verschieben. Dann zeigt sich, ob wirklich nur die Industrieländer Verursacher des Klimawandels sind, oder ob nicht auch die Entwicklungsländer mit dazu beitragen.

**Am stärksten ins Auge stechen die klimatischen Veränderungen in den Entwicklungsländern. Mehr Dürren, mehr Stürme ? die Katastrophen finden in immer kürzeren Abständen statt. Woran merken wir in den Industrieländern, in Europa,**

## **dass sich das Klima verändert ? und dass wir auch unsere politische Haltung ändern müssen?**

Der Klimawandel ist ungerecht, er trifft besondere Regionen besonders hart. Und das sind zum großen Teil die ärmsten Regionen, und dort trifft er wiederum die ärmsten Menschen, die von der Landwirtschaft abhängig sind, am stärksten. Natürlich betrifft der Klimawandel, sogar über seine Extremereignisse, auch die Industrieländer. Denken Sie an die USA und Hurrikane, aber denken Sie auch an die Hitzewellen in Europa in den vergangenen Jahren. Gerade Südeuropa wird erheblich mit der Dürre zu kämpfen haben. Selbst wir in Deutschland bekommen den Klimawandel spüren. Aber weil unsere Wirtschaftsstruktur kaum noch von der Landwirtschaft abhängt, haben wir viel bessere Chancen, uns anzupassen.

## **Wie müssen wir denn als verantwortliche Weltgemeinschaft darauf reagieren?**

Es geht vor allem darum, schnell einen ehrgeizigen Klimaschutz umzusetzen. Das bedeutet, den Trend zu steigenden Emissionen in den nächsten Jahren umzukehren. Bis Mitte des Jahrhunderts müssen wir die Emissionen global gesehen halbiert haben. Alle, die zur Vermeidung von Emissionen beitragen können, müssen alles in ihrer Kraft Stehende tun. Das heißt, vor allem die wirtschaftlich Wohlhabenden sind in der Pflicht. Aber auch die Länder, in denen sich große terrestrischen Kohlenstoffspeicher befinden, das sind etwa Länder mit erheblichem Bestand an tropischen Wäldern.

## **Das Ziel der internationalen Politik ist es, bis 2050 die CO2-Emissionen zu halbieren. Das ist noch lange hin ? ist das wirklich als ehrgeizig zu bezeichnen?**

Das ist sehr ehrgeizig! Das Ziel resultiert aus der Überzeugung, dass es auch erreichbar sein muss ? und mehr dürfte wirklich kaum machbar sein. Es geht es darum, möglichst zu vermeiden, dass erstens die Temperatur langfristig nicht um über zwei Grad Celsius ansteigt, und dass sie zweitens pro Dekade nicht um über 0,2 Grad Celsius steigt. Wenn man das alles erreichen will, ist man gut beraten, bis 2050 eine Halbierung umzusetzen.

## **Was würde passieren, wenn diese Schwellenwerte nicht eingehalten würden?**

Die Natur, das Ökosystem, und auch die Menschen sind nur begrenzt in ihrer Fähigkeit, sich in einer bestimmten Zeit an Umweltveränderungen anzupassen. Über die Jahrzehnte können wir vielleicht gerade mit zwei Grad umgehen, das gilt für die Ökosysteme wie für den Menschen, aber wenn wir schon in einer Dekade einen deutlichen Anstieg hätten, dann würden wir die ökologische und sozio-ökonomische Anpassungsfähigkeit des Ökosystems überstrapazieren.

## **Eine gemeinsame Anstrengung aller Staaten der Welt ist also notwendig. Dafür braucht es ein Regelwerk. Was bewerten Sie vor diesem Hintergrund die Forderung, die Ecuadors Energieminister Alberto Acosta im Mai dieses Jahres erhoben hat: 350 Millionen Dollar pro Jahr als Entschädigung dafür, dass sein Land den Regenwald als Speicher von Treibhausgasemissionen erhält sowie die Ureinwohner und Artenvielfalt schützt?**

Das ist ein Ansatz, der seine Berechtigung hat. Wir kennen Staaten und Naturschutzorganisationen, die Ländern für das Nichtabholzen in Naturschutzgebieten Geld zahlen. Und der Gedanke ist auch richtig, da einerseits vom Erhalt der Tropenwälder alle profitieren, und andererseits gerade wirtschaftlich ärmere Länder durch deren Vernichtung kurzfristig Einnahmen generieren können. Hier ist es richtig, dass die wirtschaftlich wohlhabenden Länder einen Teil der Kosten übernehmen, damit diese Kohlenstoffspeicher nicht vernichtet werden. Allerdings verlangt Ecuador einen sehr hohen Preis, der deutlich über dem liegt, was bisher bei ähnlichen Projekten gezahlt wurde.

Das Interview führte Margret Karsch.

Nachdruck unter Quellenangabe (Margret Karsch / Berlin-Institut) erlaubt.

## **"Man muss nur kreativ sein!" Interview mit Chuan Shi**

Chuan Shi ist Managing Director des [Deutsch-Chinesischen Kooperationsbüros für Industrie und Handel](#) in Nürnberg.

### **Ist in Chinas Öffentlichkeit Klimawandel ein Thema?**

Die zentrale chinesische Regierung hat das zu einem Hauptthema gemacht, zumindest in der Propaganda. In allen Zeitungen liest man jeden Tag über die CO<sub>2</sub>-Emissionen, den Feinstaub in den Städten, den Smog, und im Zusammenhang damit auch über den Klimawandel. Zumal dieser China in den letzten zwei Jahren wesentlich härter getroffen hat, als man dachte. Das Ausmaß hat auch die Regierung überrascht, obwohl sie wie wir alle immer optimistisch waren und auch noch sind.

### **Wie bekommt die Bevölkerung die Folgen der Abgase zu spüren?**

Erstens - täglich und vor allem - am Smog: Wenn Sie in Chinas Städten unterwegs sind, ersticken Sie fast. Die offizielle Statistik der Asia Development Bank besagt, dass jährlich ungefähr 150.000 Menschen daran sterben, inoffiziell sollen es zwei- oder dreimal so viele sein. Das ist ein Gesundheitsproblem, aber nicht nur. Der Klimawandel trifft zweitens die Landwirtschaft sehr hart, das merken die Bauern als erste. Und damit stellt sich die Frage, wie sich ein Land wie China seine 1,3 Milliarden Menschen ernähren kann, wenn die Agrarfläche zerstört wird. Drittens trifft der Klimawandel die Infrastruktur: Der Schneesturm im letzten Jahr beispielsweise hat halb China praktisch lahm gelegt. Der wirtschaftliche Schaden war immens. Zusammengefasst: Die Folgen des Klimawandel werden in absehbarer Zeit zu einer gesellschaftlichen Krise führen, wenn man sie nicht meistern kann.

**Die Stadtbevölkerung, die sich jeden Tag unter einer Dunstglocke bewegt, hat zwar besseren Zugang zu den Medien als die Landbevölkerung, aber die Bauern spüren unmittelbar, wie ihnen die Lebensgrundlage entzogen wird, wenn ihre Felder überschwemmt werden oder vertrocknen. Wie unterscheidet sich das Bewusstsein der Bevölkerung auf dem Land von dem in der Stadt?**

In China wächst das Bewusstsein der Bevölkerung in den Städten sehr schnell, das ist vergleichbar mit Deutschland, wo die Menschen sich vor zwanzig Jahren über die Wasserqualität oder den Ruß beklagt und den Umgang mit der Umwelt verändert haben. Die Landbevölkerung hat andere Sorgen als den Klimawandel, da sie jeden Tag ums Überleben kämpft. Das ist das Dilemma der Regierung. Sie muss immer zwischen wirtschaftlichem Wachstum und Umweltschutz abwägen.

**Das Handeln von 1,3 Milliarden Chinesen fällt bei einer Zahl von insgesamt 6,7 Milliarden Menschen auf der Welt ganz besonders ins Gewicht. Wird in China ein Zusammenhang zwischen Klimawandel und Bevölkerungsentwicklung hergestellt? Etwa zur Ein-Kind-Politik, die ja immer noch gilt, auch wenn sie nicht mehr so streng angewandt wird.**

Auch wenn sie umstritten ist: Immerhin haben wir dadurch 300 Millionen Menschen weniger - sonst hätten wir noch mehr CO<sub>2</sub>-Emissionen und noch größere Nahrungsmittelsorgen.

**Gibt es denn konkrete Pläne der chinesischen Regierung, auf den Klimawandel zu reagieren?**

Zum einen erschien 2007 ein White Paper der chinesischen Regierung, das beschreibt, welche schlimmen Folgen der Klimawandel für China mit sich bringt und in Zukunft noch bringen wird. Zum anderen setzt die chinesische Regierung auf erneuerbare Energien und Energiesparen und hat dazu seit 2007 eine Reihe von Gesetzen und Maßnahmen verabschiedet. Die Aufgabe besteht nun darin, sie umzusetzen.

**Das Dilemma ist: Höherer Wohlstand geht bis dato mit höheren CO<sub>2</sub>-Emissionen einher.**

Nicht unbedingt!

**Setzen Sie auf neue Technologien, die das ändern?**

Ja. Neue Technologien bringen nicht nur Lösungen, sie schaffen auch wirtschaftliches Wachstum. Schauen Sie zum Beispiel auf neue Technologien im Bereich Solar- und Windenergie: Diese neuen Technologien bringen uns vielleicht irgendwann von der fossilen Energie ganz weg, die wir uns sowieso nicht mehr leisten können. Sie schaffen aber auch einen ganz neuen Wirtschaftszweig, der viele Menschen beschäftigt. Man redet jetzt viel über Bewusstseinswandel. Das ist zwar notwendig. Aber dann kommt immer: ?Wir müssen verzichten!?. Das macht Bevölkerung Angst, und dann macht sie nicht mit. Bei Bewältigung des Klimawandels geht es nicht darum, den bestehenden Wohlstand neu zu verteilen, sondern darum, dass alle mehr bekommen, durch neue Technologien und kreative Lösungen!

**Das klingt sehr optimistisch angesichts der bereits spürbaren Folgen des Klimawandels und der Schwierigkeit die Energieversorgung schnell genug zu revolutionieren.**

Die Chinesen sind immer optimistisch gegenüber allen Herausforderungen. Man muss nur kreativ sein, um die Probleme zu lösen. Die Menschheit ist darauf eingestellt, jeden Tag, jedes Jahr neue Probleme zu lösen. Klimawandel ist kein Weltuntergang. Das ist nur eine größere Herausforderung!

**Sie halten den Wunsch der chinesischen Bevölkerung nach mehr Wohlstand also für völlig unproblematisch, was den Klimawandel betrifft?**

Jeder Mensch hat Recht auf mehr Wohlstand. Die Frage ist nur wie, nicht ob. Problematisch wäre es dann, wenn die chinesische Bevölkerung eine Lebensart wie Amerikaner anstrebte. Mein Traum ist, dass China das Klimaziel von Deutschland in Jahr 2050 (zwei Tonnen Kohlendioxid pro Person und pro Jahr) auch annähernd erreichen kann. An der Lösung und Umsetzung arbeiten wir gerade.

Das Interview führte Margret Karsch.

Nachdruck unter Quellenangabe (Margret Karsch / Berlin-Institut) erlaubt.

---

**Lust auf Vielfalt**

**Der neue Stiftungsreport zeigt, warum Vielfalt ein Gewinn für die Gesellschaft ist**

Wie lassen sich Menschen mit einer Einwanderungsgeschichte in unsere Gesellschaft integrieren? Dieser Frage, einem der Topthemen des demografischen Wandels, widmet sich der neue Stiftungsreport 2008/09. Er beschreibt, wie sich Stiftungen in diesem Bereich engagieren und welche zivilgesellschaftliche Rolle ihnen dabei zukommt.

Seit der Jahrtausendwende wird sich die deutsche Politik der verpassten Chancen in Bezug auf die Integration von Zuwanderern bewusst. Dies zeigt sich in der Änderung des Einbürgerungsgesetzes, dem Nationalen Integrationsplan und den Integrationsgipfeln. Die

Zahlen machen deutlich, wie überfällig solche Konzepte sind: Fast 20 Prozent der deutschen Bevölkerung weisen eine Migrationgeschichte auf. Viele von ihnen sind in Deutschland geboren und/oder besitzen die deutsche Staatsangehörigkeit. Trotzdem sind sie im Bildungsbereich und auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt. In Fachkreisen spricht man von einem ?Brain Waste?, also der Verschwendung von Fähigkeiten, welche die schrumpfende und alternde deutsche Gesellschaft so gut gebrauchen könnte.

Vielen Stiftungen ist diese Problemlage bekannt. Sie mahnen die Politik nicht nur seit geraumer Zeit zum Handeln, sie tun auch selbst etwas. Das START-Projekt der Hertie-Stiftung, in dem begabte und engagierte Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund gezielt gefördert werden, ist nur ein Beispiel hierfür. Viele andere Initiativen stellt der Report in Fallbeispielen, Reportagen und Interviews vor. Das Spektrum reicht dabei von finanziell reich geförderten Großprojekten hin zu kleinen individuellen Engagements. Dies sind erste Schritte einer praktischen Integration. Klaus J. Bade, Begründer des Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien mahnt deshalb zur Eile: "In Sachen Integrationsförderung gibt es keine Erkenntnislücke, sondern ein Umsetzungsproblem."

Stiftungen bieten den idealen Rahmen für zivilgesellschaftliches Engagement. Ohne auf Wählerstimmen Rücksicht nehmen zu müssen sind sie schnell handlungsfähig und auch bereit, Fehler zuzugeben und ihren Kurs gegebenenfalls zu korrigieren. Sie können auf eigenes Risiko innovativ sein und somit Pionierleistungen vollbringen. Da wundert es nicht, dass die Akzeptanz der Stiftungen in der Bevölkerung kontinuierlich wächst. Während 2005 im Leben der meisten Bundesbürgerinnen und -bürger Stiftungen kaum eine Rolle spielten, ist inzwischen jede/r dritte Deutsche bereit, die Arbeit von Stiftungen zu unterstützen. 25 Prozent tun dies sogar bereits. Die breite Zustimmung schlägt sich in der Statistik nieder: Täglich werden drei neue Stiftungen gegründet.

Und noch eines bringt der Stiftungsreport zu Tage: Stiftungen hätten einen größeren finanziellen Spielraum, wenn sie ihr Geld besser verwalten (lassen) würden. "Banken und Berater müssen die Stiftungen künftig besser beraten, damit von den jährlichen Erträgen mehr Geld für das Gemeinwohl übrig bleibt", meint Hans Fleisch, Generalsekretär des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen. Auch wollen die meisten Stiftungen in ethisch-ökologische Geldanlagen investieren, sehen dafür aber oft keine Möglichkeit. Dieses Potenzial hätten Banken und Finanzberater bisher verschlafen. Nichtsdestotrotz sind über 70 Prozent der befragten Stiftungen mit ihren Banken zufrieden.

Erfrischend unabhängig von parteipolitischen Gerangel bringt der Report zum Ausdruck, was Stiftungen im sozialen Engagement, insbesondere in der Integrationsförderung, auszeichnet: Unabhängige, praxisorientierte Initiativen auf der Grundlage der Erkenntnis, dass Vielfalt in jeder Hinsicht unsere Gesellschaft bereichert.

[Stiftungsreport 2008/09 Wie Vielfalt zusammenhält - Projekte, Initiativen und Menschen. Herausgegeben vom Bundesverband Deutscher Stiftungen in Kooperation mit der BMW Stiftung Herbert Quandt, 208 Seiten, 18,90 Euro.](#)

---

### **Hinweis in eigener Sache:**

Das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung ist eine Stiftung mit dem Zweck, Forschung zu demografischen Veränderungen zu betreiben und das öffentliche Wissen über gesellschaftliche Prozesse zu verbessern. Das unabhängige Berlin-Institut erhält für seine Arbeit keinerlei öffentliche Förderung. Spenden und Zustiftungen ermöglichen die erfolgreiche Arbeit des Instituts.

**Bankverbindung:**  
Bankhaus Hallbaum  
BLZ 250 601 80  
Konto 20 28 64 07

**Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an:**

Dr. Reiner Klingholz

E-Mail: [reiner.klingholz@berlin-institut.org](mailto:reiner.klingholz@berlin-institut.org)

Telefon: 0 30-22 32 48 45